Bürger in Wut

Timke kritisiert Einschätzung von "AfD-Watch"

VON MAIKE WESSOLOWSKI

Bremerhaven. Wie weit rechts stehen die Bürger in Wut, lautete die Frage nach dem Rauswurf von Sven Lichtenfeld, der von unterstützen Rechtsextremen wurde. Jan Timke weist die Einschätzung des nach seiner Auffassung links-radikalen Netzwerks "AfD Watch" zurück. Die Bürger in Wut aus

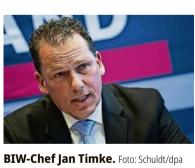
Bremerhaven wehren sich gegen Einschätzungen, die das Recherchenetzwerk "AfD-Watch" zur gegeben Wählervereinigung hat. Jan Timke weist die Aussage von Maximillian Kraft zurück, wonach "seit Jahren kein Blatt Papier zwischen AfD und BiW" passe. "Diese Auffassung steht im

klaren Widerspruch zur Einordnung von BiW durch die Politikwissenschaft, die in der Nordsee-Zeitung dargelegt wird." Im Gegensatz zur AfD, die sich immer stärker nach rechts radikalisiere, verfolgen BiW einen demokratisch konservativen Kurs, der sich voll auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt. "Hätten wir uns längst

zusammengeschlossen"

"Würden wir tatsächlich dieselben Positionen vertreten wie die AfD, dann hätten wir uns längst mit dieser Partei zusammenschließen können, um gemein-sam mehr Sitze in den Bremer Parlamenten zu erhalten", erklärt Timke.

Timke findet es "dreist", dass AfD-Watch "unterstellt, wir hätten in der Personalie Lichtenfeld aus strategischem Kalkül gehandelt, um der Beob-achtung durch den Bremer Verfassungsschutz zu entge-hen". Der BiW-Chef bezeichnet die Redaktion der Recherche-plattform als "links-radikales Netzwerk"



Lichtenfeld Selbst wenn den Fraktionen von Bürgerschaft und Stadtverordnetenversammlung verblieben wäre, hätte das keine Aktivitäten de fassungsschutzes ausgelöst, dessen Handeln an strenge gesetzliche Vorgaben geknüpft ist. "Offenbar war dort der Wunsch Va-

ter des Gedankens", so Timke. Im Artikel wurde auch aufgezeigt, dass Fraktionen, die sich von Mandatsträgern trennen, an politischem Einfluss und Geld verlieren, weil Fraktionsund Oppositionszuschläge von Anzahl der Fraktionsmitder glieder abhängen. Dazu Timke: "Uns geht es aber nicht ums Geld, sondern die politische Zuverlässigkeit und Glaubwürdig-keit unserer Abgeordneten als Grundlage für eine vernünftige parlamentarische Arbeit im Interesse der Bürger."